

Konzernjahresabschluss

für das Geschäftsjahr 2010

der Stadtwerke Hannover
Aktiengesellschaft,
Hannover

Konzernjahresabschluss

für das Geschäftsjahr 2010

der Stadtwerke Hannover
Aktiengesellschaft,
Hannover

Inhalt:

Bericht des Aufsichtsrats

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2010

Konzernjahresabschluss

- >> **Konzern - Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010**
- >> **Konzern - Bilanz zum 31. Dezember 2010**
- >> **Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2010**
- >> **Veränderung des Eigenkapitals zum 31. Dezember 2010**
- >> **Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2010**

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Bericht des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2010 hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden und wurde durch den Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Entwicklung und die Lage des Unternehmens, über die Strategie und Planung, über die Risikosituation, das Risikomanagement sowie über die wesentlichen Geschäftsvorgänge unterrichtet. Anhand von schriftlichen Beschluss- und Berichtsvorlagen sowie begleitenden und ergänzenden mündlichen Auskünften hat der Aufsichtsrat den Vorstand laufend überwacht, Geschäftsvorgänge von besonderer Bedeutung eingehend beraten und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt.

Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse

Der Aufsichtsrat tagte im Geschäftsjahr 2010 in sechs ordentlichen Sitzungen, außerordentliche Sitzungen haben nicht stattgefunden. In den Sitzungen wurden insbesondere die Geschäftsentwicklung und die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens erörtert und es wurde über Fragen der Wirtschafts-, Finanz-, Investitions- und Personalplanung und wichtige Einzelvorgänge beraten. Die Einzelvorgänge des Geschäftsjahres betrafen hauptsächlich Investitions- und Beteiligungsvorhaben, Fragen der Unternehmensstrategie und -finanzierung sowie der Preisentwicklung.

Dem Aufsichtsrat stehen drei Ausschüsse beratend zur Seite: der Präsidialausschuss, der Finanzausschuss und der Beteiligungs- und Strategieausschuss. Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten regelmäßig und ausführlich in den Aufsichtsratssitzungen über die geleistete Arbeit.

Der Präsidialausschuss hat im Geschäftsjahr 2010 sechsmal getagt und bereitet vornehmlich die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrates vor. Er trifft Entscheidungen über Vorlagen des Vorstandes und Fragen, deren Erledigung im Interesse der Gesellschaft einen Aufschub bis zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrates nicht zulässt.

Der Finanzausschuss hielt im Geschäftsjahr fünf Sitzungen ab. Dem Finanzausschuss wurden als Aufgaben insbesondere die Vorbereitung der Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und des Erwerbs oder der Veräußerung von Unternehmen und wesentlichen Beteiligungen sowie die Vorbereitung der Feststellung des Konzernabschlusses und des gemäß § 171 AktG zu erstattenden Abschlussberichtes des Aufsichtsrates übertragen. Darüber hinaus wurde dem Finanzausschuss die Wahrnehmung der Aufgaben eines Prüfungsausschusses nach § 107 Abs. 3 Satz 2 AktG übertragen. Themenschwerpunkte bildeten im Geschäftsjahr 2010 Investitionsvorhaben sowie Berichte zur wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des Unternehmens, hier insbesondere der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2009, der Nachtragsfinanzplan für 2010, der Wirtschaftsplan für 2011 und die langfristige strategische Planung.

Der Beteiligungs- und Strategieausschuss tagte im Geschäftsjahr 2010 sechsmal. Er hat die Aufgabe, Entscheidungen des Aufsichtsrats zu Konzern- und Beteiligungsangelegenheiten vorzubereiten und Berichte des Vorstands entgegenzunehmen. Grundsätzliche Fragen der Unternehmensstrategie und Angelegenheiten der Beteiligungsführung sind im Vorfeld im Beteiligungs- und Strategieausschuss zu beraten. Im Geschäftsjahr wurde daher insbesondere über den Abschluss von Unternehmenskaufverträgen sowie Ergebnisabführungsverträgen, Satzungsänderungen bei Beteiligungsunternehmen und Verschmelzungsverträge beraten.

Besetzung des Aufsichtsrats und des Vorstands

Herr Ewald Woste wurde ab dem 10. Februar 2010 als Nachfolger von Herrn Henning Deters in den Aufsichtsrat bestellt. Herr Deters war bereits zum 24. November 2009 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

In der personellen Besetzung des Vorstands gab es während des abgelaufenen Geschäftsjahres keine Veränderungen.

Konzernabschluss

Die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, wurde von der Hauptversammlung am 23. April 2010 erneut zum Konzernabschlussprüfer gewählt. In Umsetzung dieses Beschlusses erhielt die Gesellschaft vom Aufsichtsrat den schriftlichen Auftrag zur Prüfung des Konzernabschlusses der Stadtwerke Hannover AG zum 31. Dezember 2010 sowie des Konzernlageberichts für das Geschäftsjahr 2010.

Der vom Vorstand nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellte Konzernabschluss der Stadtwerke Hannover AG zum 31. Dezember 2010 und der Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2010 wurden von der PricewaterhouseCoopers AG unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Die Prüfung ergab keine Einwendungen, so dass ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wurde.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Konzernabschluss, den Konzernlagebericht der Stadtwerke Hannover AG sowie den Prüfungsbericht über das Ergebnis der Konzernabschlussprüfung und der Prüfung des Konzernlageberichts seinerseits abschließend sorgfältig geprüft. Die Unterlagen zum Konzernabschluss wurden sowohl in der Sitzung des Finanzausschusses am 27. April 2011 als auch in der am gleichen Tag stattfindenden Sitzung des Aufsichtsrats erörtert. In den Sitzungen berichtete der Konzernabschlussprüfer jeweils über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und erteilte soweit notwendig ergänzende Auskünfte. Das abschließende Ergebnis seiner eigenen Prüfung führte zu keinerlei Einwendungen des Aufsichtsrats, und er stimmte den Prüfungsergebnissen des Konzernabschlussprüfers zu und billigte den vom Vorstand aufgestellten Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 und des Konzernlageberichts für das Geschäftsjahr 2010. Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 ist damit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands für die vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Betriebsrat dankt der Aufsichtsrat für das persönliche Engagement und die erfolgreich geleistete Arbeit im Geschäftsjahr 2010.

Hannover, den 27. April 2011

Der Aufsichtsrat

Walter Meinhold

Vorsitzender

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2010

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft

1	Konzernstruktur und Strategie.....	2
1.1	Struktur des Konzerns	2
1.1.1	Konzern Stadtwerke Hannover AG.....	2
1.1.2	Stadtwerke Hannover AG	3
1.1.3	Leitung und Kontrolle	3
1.1.4	Wesentliche Gesellschaften des Konzerns und Änderungen in der Konzernstruktur	4
1.2	Strategie	6
1.3	Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr des Konzerns	7
2	Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen	8
2.1	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen.....	8
2.1.1	Gesamtwirtschaftliche Situation	8
2.1.2	Marktbezogene Entwicklung.....	8
2.2	Politische Rahmenbedingungen	10
2.2.1	Europäische Energiepolitik.....	10
2.2.2	Energiepolitik und Rechtsrahmen in Deutschland	11
3	Absatz und Beschaffung.....	13
4	Forschung und Entwicklung	14
5	Umweltschutz	15
6	Mitarbeitende.....	17
7	Bindung an Stadt und Region	19
8	Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage	20
8.1	Gesamtbeurteilung.....	20
8.2	Ertragslage	21
8.3	Finanzlage	23
8.3.1	Ziele und Grundsätze des Finanzmanagements.....	23
8.3.2	Finanzwirtschaftliche Schwerpunkte im abgelaufenen Geschäftsjahr	23
8.3.3	Liquiditätsanalyse	24
8.4	Vermögenslage.....	25
8.4.1	Vermögensanalyse	25
8.4.2	Investitionen und Substanzerhaltung	26
9	Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem	28
9.1	Zum Konzernrechnungslegungsprozess	28
9.2	Zu weiteren Prozessen	29
10	Bericht über wesentliche Chancen und Risiken	30
11	Nachtragsbericht	33
12	Prognosebericht.....	33
12.1	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	33
12.2	Entwicklung des Konzerns	34

1 Konzernstruktur und Strategie

1.1 Struktur des Konzerns

1.1.1 Konzern Stadtwerke Hannover AG

Der **Konzern Stadtwerke Hannover AG** (SWH-Konzern) gehört zu den größten kommunalen Energieversorgungs- und -dienstleistungsunternehmen Deutschlands. Unter der Dachmarke „enercity – positive energie“ der **Stadtwerke Hannover AG, Hannover**, (SWH) werden Energie und Dienstleistungen für Privat- und Geschäftskunden in Hannover und bundesweit angeboten. Der Umsatz des Konzerns wird im Wesentlichen im Inland in den Geschäftsbereichen Strom, Gas, Wasser, Wärme und Dienstleistungen erwirtschaftet. Strom und Gas bilden dabei die wesentlichen Geschäftsbereiche.

Strom

Der Geschäftsbereich Strom umfasst die gesamte Wertschöpfungskette von der Erzeugung über den Handel und die Verteilung bis zum Vertrieb und zur Abrechnung. Die Stromerzeugung innerhalb des Konzerns erfolgt im Wesentlichen über Beteiligungen an Gemeinschaftskraftwerken. Es kommen Kohle- als auch Gaskraftwerke sowie Anlagen, die erneuerbare Energien nutzen (beispielsweise Wind-, Biogas-, Biomasse- sowie Photovoltaikanlagen), zum Einsatz. Insgesamt wird ein großer Teil des Stroms in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) erzeugt. Die Kraftwerke stellen ihre Erzeugungskapazitäten ausschließlich den Gesellschaftern zur Verfügung und werden durch diese gesteuert und eingelastet. Die Kraftwerksgesellschaften übernehmen die Wartung und Instandhaltung der Anlagen. Der Stromhandel und der Vertrieb erfolgen über die SWH sowie über die Vertriebsgesellschaften. Die Übertragungs- und Verteilnetze werden von eigenständigen Netzgesellschaften betrieben.

Gas

Die Aktivitäten im Geschäftsbereich Gas umfassen ebenfalls alle Wertschöpfungsstufen von der Speicherung über den Handel, die Verteilung und den Vertrieb bis zur Abrechnung. Hierbei erfolgt zur Sicherung einer effizienten Gasspeicherung der Betrieb der Gasspeicher mit mehreren Partnern über eine separate Gasspeichergesellschaft. Dabei verfolgt der SWH-Konzern den Ausbau der Speicherung konsequent weiter. Handel und Vertrieb erfolgen wie beim Strom über die SWH. Die Verteilung erfolgt ebenfalls wie beim Strom zur Erfüllung der Anforderungen des EnWG über eine eigene Netzgesellschaft. Das gesamte Gasnetz umfasst die Verteilungsanlagen innerhalb der Konzessionsgebiete.

In den Geschäftsbereichen Strom und Gas sind die netzbetreibenden Gesellschaften gemäß den Unbundling-Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) als unabhängige Netzbetreiber aufgestellt. Die Betreiber tragen die Verantwortung für den sicheren Betrieb und die Instandhaltung der Netze. Die Netzentgelte, die von den Netznutzern an die Betreiber zu zahlen sind, sind durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) behördlich festgesetzt.

Wärme

Zum Geschäftsbereich Wärme gehören alle Aktivitäten der Versorgung von Kunden mit thermischer Energie und Energiedienstleistungen. Hierzu zählen neben der Versorgung von Großindustriekunden mit Prozesswärme und der Lieferung von in den KWK-Kraftwerken erzeugter Fernwärme an Privat- und Sondervertragskunden auch die Contractingdienstleistungen des SWH-Konzerns. Die Contractingaktivitäten im Bereich Wärme decken sämtliche Stufen der Wertschöpfungskette ab. Diese reichen von der ersten Bedarfsanalyse über die Planung, Finanzierung und Realisierung bis hin zur Betriebsführung, Wartung und Instandhaltung der Anlagen beim Kunden. Zusätzlich werden in diesem Bereich die Planung, der Bau und der Betrieb von Biomasseanlagen bearbeitet.

Wasser

Die Tätigkeiten zur Versorgung der Bevölkerung innerhalb unseres Konzessionsgebiets mit Wasser werden in einem eigenen Geschäftsbereich gebündelt. Dabei deckt der SWH-Konzern sämtliche Aktivitäten von der Gewinnung bis zum Absatz ab. Die Gewinnung erfolgt hauptsächlich über eigene Wasserwerke in der Region Hannover und zusätzlich über strategische Beteiligungen an Wassergewinnungsgesellschaften. Die Übertragungs- und Verteilungsnetze werden von eigenen Netzgesellschaften betrieben. Die Vertriebsaktivitäten werden durch die SWH wahrgenommen.

Dienstleistungen

Die Aktivitäten im Geschäftsbereich Dienstleistungen umfassen sowohl Dienstleistungen an Konzernunternehmen als auch an Dritte. Hierzu zählen kaufmännische Betriebsführungen sowie sonstige kaufmännische und technische Dienstleistungen. Zudem werden hier Aktivitäten im Zusammenhang mit der Finanzierungs- und Liquiditätssteuerung im SWH-Konzern und Handelsaktivitäten außerhalb des Strom- und Gasbereichs zusammengefasst.

1.1.2 Stadtwerke Hannover AG

Die SWH ist als kommunales Energiedienstleistungsunternehmen operativ tätig und ist Muttergesellschaft des SWH-Konzerns. Sie ist ein in Deutschland nach dem Aktiengesetz registriertes Unternehmen und wird in den nach deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellten Konzernabschluss der **Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover**, (VVG) einbezogen. Mit der VVG besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag.

Zum Gegenstand des Unternehmens gehören die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, der Energiehandel sowie alle Neben-, Hilfs- und Ergänzungsgeschäfte. Daneben gehören auch die Betätigung auf dem Gebiet des Umweltschutzes und auf dem Gebiet der Einsparung beim Energie- und Wasserverbrauch, die wirtschaftliche Nutzung von Reststoffen sowie die Verwertung der durch die Geschäftstätigkeit gebildeten besonderen Kenntnisse einschließlich Nutzung von Anlagen und Geräten für und durch Dritte zum Unternehmensgegenstand.

Im Geschäftsjahr 2010 blieb die Aktionärsstruktur der SWH unverändert. Mit 75,09 % ist die VVG Hauptaktionärin, daneben sind die Thüga AG, München, mit 24,0 % und die Region Hannover, Hannover, mit 0,91 % beteiligt.

1.1.3 Leitung und Kontrolle

Vorstand

Der Vorstand der SWH leitet den Konzern und besteht aus drei Mitgliedern. Im Geschäftsjahr 2010 haben sich keine Veränderungen in der Zusammensetzung ergeben. Die Aufgaben des Vorstands sind in die Bereiche „Kaufmännische Direktion“, „Personaldirektion“ und „Technische Direktion“ aufgeteilt.

Zu den wesentlichen Aufgaben des Vorstandes gehören insbesondere die Entwicklung und Umsetzung der strategischen Ausrichtung der SWH in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat, Jahres- und Mehrjahresplanungen, Erstellung der Jahres- und Konzernabschlüsse, Einrichtung und Pflege eines angemessenen Risikomanagements und -controllings sowie die regelmäßige, zeitnahe und umfassende Berichterstattung an den Aufsichtsrat. Bestimmte Handlungen des Vorstandes bedürfen der Zustimmung durch den Aufsichtsrat.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der SWH besteht grundsätzlich aus 20 Mitgliedern. Er überwacht die Geschäftsführung des Vorstandes in dem von Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung ge-

setzten Rahmen und berät den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. Der Aufsichtsrat ist gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz paritätisch mit Vertretern der Anteilseigner und Arbeitnehmer besetzt. Bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen ist der Aufsichtsrat stets eingebunden. Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, die der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen, sind in seiner Geschäftsordnung sowie der Satzung der SWH niedergelegt. Der Aufsichtsrat bildet aus seinen Mitgliedern einen Präsidial-, einen Finanz- sowie einen Beteiligungs- und Strategieausschuss.

Beirat

Zur Förderung der Zusammenarbeit mit den Gebietskörperschaften, in deren Gebiet die Gesellschaft die Versorgung von Letztverbrauchern betreibt, sowie zur Beratung des Aufsichtsrats ist gemäß der Satzung der SWH ein ständiger Beirat eingerichtet.

1.1.4 Wesentliche Gesellschaften des Konzerns und Änderungen in der Konzernstruktur

In den Konzernabschluss des Geschäftsjahres werden neben der SWH 21 (Vorjahr: 18) Tochterunternehmen vollkonsolidiert. Darüber hinaus werden gemäß SIC-12 wie im Vorjahr drei Wertpapierspezialfonds, bei denen die SWH die Finanz- und Geschäftspolitik bestimmt, konsolidiert. Nicht konsolidiert werden zwei (Vorjahr: vier) Tochterunternehmen. Diese Gesellschaften sind auch bei zusammengefasster Betrachtung für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung. Nach der equity-Methode werden wie bereits im Vorjahr sieben assoziierte Unternehmen und ein Gemeinschaftsunternehmen bewertet.

Wesentliche Tochterunternehmen des Konzerns

Die Tätigkeiten des SWH-Konzerns im wachsenden Geschäftsfeld Contracting werden über die **Danpower GmbH, Potsdam**, (Danpower) und die **enercity Contracting GmbH, Hannover**, (eCG) gebündelt. Über die 100 %-ige Beteiligung an der eCG werden umfassende Dienstleistungen rund um den Bereich Contracting und Abrechnung erbracht. Bereits im Geschäftsjahr 2009 wurden die bisherigen Tätigkeiten der SWH im Bereich Contracting in die eCG ausgegliedert. Nachdem die SWH seit 2008 alleinige Gesellschafterin der **WärmeService GmbH, Hannover**, (WSG) war, wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2010 die WSG zur Intensivierung der Contractingaktivitäten mit der eCG verschmolzen. Die eCG ist Mutterunternehmen eines Teil-Konzerns mit einem Tochterunternehmen und einem assoziierten Unternehmen.

Zudem sind die SWH mit 74,9 % und die globos energy AG, Berlin, mit 25,1 % der Geschäftsanteile an der Danpower beteiligt. Die Gesellschaft ist Mutterunternehmen eines Teil-Konzerns (Danpower-Konzern) mit 13 Tochterunternehmen und einem assoziierten Unternehmen. Die Teilkonzerngesellschaften sind ebenfalls im Bereich Contracting tätig. Dabei decken sie die gesamte Wertschöpfungskette von Planung, Errichtung und Betrieb von Anlagen zur Wärme- oder Energieerzeugung ab und bieten ihr Know-how auch als Dienstleistung für Dritte an.

Der Betrieb von Versorgungsnetzen für Energie und Wasser erfolgt auch zur Erfüllung der Anforderungen des EnWG durch eigene Gesellschaften. Die **enercity Netzgesellschaft mbH, Hannover**, (eNG), ein 100 %-iges Tochterunternehmen der SWH, betreibt Energieversorgungsnetze im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Hannover, in Teilgebieten von Langenhagen und Laatzen sowie in den Umlandkommunen Ronnenberg, Seelze und Hemmingen. Zusätzlich liegen Betrieb und Instandsetzung von Messgeräten für die Verrechnung von Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme und alle mit dem Unternehmensgegenstand unmittelbar in Zusammenhang stehenden Dienstleistungen sowie die Verbrauchsdatenerfassung in ihrem Tätigkeitsbereich. Die eNG ist ein gemäß den Unbundling-Vorgaben des EnWG unabhängiger Netzbetreiber. Die Betreiber von Netzen tragen die Verantwortung für den sicheren Betrieb und die Instandhaltung der Netze. Die

Netzentgelte, die von den Netznutzern an die Betreiber zu zahlen sind, sind durch die BNetzA behördlich festgesetzt.

Die **Netzgesellschaft Laatzen GmbH & Co. KG, Laatzen**, (NGL) ist mit der Erstellung, dem Ausbau und der Unterhaltung von Energieversorgungsnetzen im Stadtgebiet Laatzen sowie mit der Unterhaltung und dem Ausbau der öffentlichen Wasserversorgung in den Laatzen Ortsteilen Ingeln-Oesselse und Gleidingen betraut. An der Gesellschaft sind die Stadt Laatzen mit 51,0 % und die SWH mit 49,0 % beteiligt. Netzbetreiber des Stromnetzes der Gesellschaft im Sinne des EnWG ist die eNG.

Die **GKH-Gemeinschaftskraftwerk Hannover GmbH, Hannover**, (GKH), die **GKL-Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Linden GmbH, Hannover**, (GKL) sowie die **Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover**, (KWM) dienen dem Bau und Betrieb sowie der Unterhaltung von Kraftwerken zur Erzeugung von Elektrizität und Wärme ausschließlich für die Gesellschafter. Mit Kaufvertrag vom 23. Juni 2010 hat die SWH von der Continental Reifen Deutschland GmbH, Hannover, deren 10,2 %-igen Anteil an der GKH erworben. Die SWH hält damit an der GKH nun unmittelbar 84,7 %, die restlichen Anteile (15,3 %) werden von der VW Kraftwerk GmbH, Wolfsburg, (VWK) gehalten. Die Anteile an der GKL halten die SWH (90,0 %) und die E.ON Kraftwerke GmbH, Hannover, (10,0 %). Die GKL betreibt eine Gas- und Dampfanlage (GuD-Anlage) in Hannover-Linden und die GKH ein Kohlekraftwerk in Hannover-Stöcken.

Bereits im Dezember 2009 sind die Voraussetzungen für den Vollzug des indirekten Erwerbs eines 50,0 %-Anteils an der KWM zum 1. Januar 2010 geschaffen worden. Der Erwerb der KWM-Anteile erfolgte dabei mittelbar durch Kauf der **Gesellschaft für die Beteiligung an dem Kraftwerk Mehrum mbH, Hannover**, (GBKM) an der die SWH ab dem 1. Januar 2010 unmittelbar 100,0 % hielt. Zusammen mit dem bisherigen unmittelbaren KWM-Anteil von 33,33 % hält die SWH somit insgesamt 83,33 % der Anteile an der KWM.

Rückwirkend zum 1. Januar 2010 wurde im August 2010 vom Aufsichtsrat der SWH die Verschmelzung der GBKM auf die SWH beschlossen. Im Zuge der Verschmelzung ist der bisher von der GBKM gehaltene KWM-Anteil auf die SWH übergegangen, sodass die SWH unmittelbar 83,33 % der Anteile an der KWM hält. Mit dem rechtlichen Übergang der Beteiligung zum 1. Januar 2010 hält die SWH nun die Mehrheit an der KWM, die somit als Tochterunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen wird.

Weitere wesentliche Beteiligungen

Die Beteiligung an der **Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München**, (Thüga) in Höhe von 20,53 % wurde bereits Ende 2009 von der SWH erworben und ist erstmalig im Jahresabschluss 2010 mit ihrem Ergebnisbeitrag enthalten. Schwerpunkte in der Ausrichtung der Beteiligung im Jahr 2010 waren der weitere Ausbau der Governance-Strukturen und die Einleitung von ersten Leuchtturmprojekten zur Erschließung zukünftiger Synergiepotenziale zwischen den Gesellschaftern und der Gesellschaft.

Die **GHG-Gasspeicher Hannover GmbH, Ronnenberg**, (GHG) betreibt im Raum Hannover vier Kavernen, die von ihren Gesellschaftern SWH, Erdgas Münster GmbH, Münster, und E.ON Gas Storage GmbH, Essen, genutzt werden. Die SWH ist zum 31. Dezember 2010 mit 61,75 % an der GHG beteiligt.

Bereits im Geschäftsjahr 2008 hat die SWH zusammen mit der Nürnberger N-ERGIE AG, Nürnberg, die Vertriebsgesellschaft **Cleverty GmbH & Co. KG** (Cleverty) mit Sitz in Leipzig gegründet. Der bundesweite Vertrieb der Produkte erfolgt hauptsächlich über das Internet und den Direktvertrieb.

Die **htp GmbH, Hannover**, (htp) bietet Daten- und Netzdienstleistungen hauptsächlich im Telekommunikationsbereich im südlichen Niedersachsen an. An der Gesellschaft ist die SWH mit 50,0 % beteiligt.

Die Geschäftsbereiche mit den wesentlichen Gesellschaften des Konzerns im Überblick:

Strom	Gas	Wasser	Wärme	Dienstleistung
SWH				
Tochterunternehmen				
Erzeugung KWM, GKL, GKH Netze eNG, NGL	Netze eNG	Netze NGL	Contracting Danpower-Konzern eCG-Konzern	Netze eNG
wesentliche weitere Beteiligungen				
Vertrieb Cleverty	Speicherung GHG			Netze htp sonstige Thüga

Weitere Veränderungen in der Beteiligungsstruktur

Des Weiteren hat die SWH jeweils ihre restlichen Anteile an der **GKW Staudinger GmbH & Co. KG, Großkrotzenburg**, sowie der **GKW Staudinger Verwaltungs-GmbH, Großkrotzenburg**, im Dezember 2010 an die E.ON Kraftwerke GmbH verkauft. Die Verkaufsanteile entsprachen jeweils einer Beteiligung von 12,6 %. Die SWH hat sich damit vollständig aus diesem Projekt zurückgezogen.

Die Danpower ist seit deren Gründung alleinige Gesellschafterin der **BGA Biogas 1 GmbH, Potsdam**, und der **BGA Biogas 2 GmbH, Potsdam**. Das Stammkapital der Gesellschaften beträgt jeweils TEUR 25. Die Danpower hat jeweils ihrem Anteil entsprechende Stammeinlagen übernommen. Die Erstkonsolidierung erfolgte zum 1. Januar 2010. Zu diesem Zeitpunkt hielt die Danpower jeweils einen Anteil von 100,0 % an dem jeweiligen Eigenkapital von TEUR 25. Die Anschaffungskosten entsprachen der Einlage im Eigenkapital. Da die Gesellschaften erst ab dem Jahr 2011 operativ tätig sein werden, sind bisher keine Umsatzerlöse angefallen und der Konzernjahresüberschuss wurde durch die Erstkonsolidierung nur unwesentlich beeinflusst.

Außerdem wurde im Geschäftsjahr 2010 die **vigoris Handels GmbH, Potsdam**, als 100,0 %-iges Tochterunternehmen der Danpower gegründet, um Energiehandelsgeschäfte für die Danpower Unternehmensgruppe sowie für Dritte zu erbringen. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt TEUR 25.

1.2 Strategie

Das unternehmerische Handeln im SWH-Konzern wird durch gesellschafts- und energiepolitische Entwicklungen, die sich insbesondere in der Liberalisierung der Energiemärkte und dem damit verbundenen zunehmenden Wettbewerb sowie den stetig steigenden Anforderungen an Klimaschutz und Energieeffizienz niederschlagen, beeinflusst. Das Energiekonzept der Bundesregierung stellt dabei wesentliche Rahmenbedingungen auf.

Nachhaltige Wettbewerbspositionierung als eine Zielsetzung

Die Zielsetzung der Unternehmensführung orientiert sich an einer nachhaltigen Wettbewerbspositionierung im vorderen Drittel vergleichbarer bundesdeutscher Wettbewerber mit entsprechenden Kostenstrukturen und unter der Nebenbedingung des dauerhaften Substanzerhalts von Anlagen und Netzen. Für die Kapitalgeber steht eine angemessene Gewinnabführung und marktgerechte Kapitalrentabilität im Vordergrund. Es wird sowohl die Stärkung der Nutzung energieeffizienter Technologien als auch die Erzeugung auf Basis regenerativer Energien, auf der Angebots- und Nachfrageseite, insbesondere im Wege der kundennutzenorientierten Energiedienstleistung, verfolgt. Damit sollen die Ziel-

setzungen der „Klima-Allianz Hannover 2020“ erreicht werden. Sichere und attraktive Arbeitsplätze bilden dabei Ziele der personalwirtschaftlichen Strategie.

Unternehmenskonzept K2020

Auf Basis des Unternehmenskonzepts K2015 der SWH und der damit verbundenen nachhaltigen Unternehmensführung wurde das weiterentwickelte wachstumsorientierte Unternehmenskonzept K2020 von den Aufsichtsgremien der SWH beschlossen und befindet sich in der Umsetzung. Die Zielsetzungen des K2020 beinhalten im Kern eine Fortschreibung und Präzisierung der strategischen Ausrichtung des K2015, welche sich somit als stabil erweist.

Steigender Wettbewerb

Zukünftige Marktentwicklungen stellen den Vertrieb vor verstärkte Herausforderungen. Insbesondere Energieversorgungsunternehmen ohne eigene Erzeugung versuchen, den wirtschaftlichen Druck im Netz durch vertriebliche Anstrengungen außerhalb des angestammten Netzgebietes zu kompensieren. Auch die Umsetzung des Unbundlings der Netzbetriebe und die Anforderung an Prozessidentität für alle im Netz tätigen Vertriebe sowie die Vereinfachung des Zugangs zu Gasmarktgebieten werden in den nächsten Jahren zu einer weiteren Zunahme des Wettbewerbs unter Wettbewerbern insbesondere bei kleineren und mittleren Stromkunden sowie bei Gaskunden führen, welches sich voraussichtlich in weiter steigenden Wechselquoten und verringerten Margen niederschlagen wird. Der Wettbewerb um kleinere Kunden wird somit zu einem Wettbewerb um Servicequalität und Prozesseffizienz. Ein besonders ausgeprägtes Merkmal der zukünftigen Marktentwicklung ist die beschleunigte Schrumpfung des Wärmemarktes durch verstärkte Wärmedämmung und energetische Gebäudesanierung.

Weitere Zielsetzungen

In den unregulierten Wertschöpfungsstufen wie Produktion und Vertrieb/Dienstleistungen wird das Entwicklungspotenzial in den Erlös- und Margenoptimierungen ausgenutzt. Kosteneinsparungen stehen dagegen in den regulierten Wertschöpfungsstufen im Vordergrund. Die Beteiligung an der Thüga, die Modernisierung der GuD-Anlage im Heizkraftwerk Linden (HKW Linden), die Aufstockung der Beteiligung an der KWM und Investitionen im Geschäftsfeld Contracting leisten hierbei unmittelbar ab dem Jahr 2010 beziehungsweise ab dem Jahr 2012 (GuD-Anlage) nachhaltig positive Beiträge, während sich die Ergebnisbeiträge der Investitionen in Wind und Gasspeicher erst ab Ende des Planungshorizonts positiv entwickeln werden.

1.3 Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr des Konzerns

Änderungen in der Beteiligungsstruktur

Der Unternehmensstrategie folgend wurden auch im Geschäftsjahr Beteiligungen an Unternehmen erworben oder veräußert. Zu Einzelheiten wird auf den Abschnitt „Wesentliche Gesellschaften des Konzerns und Änderungen in der Konzernstruktur“ verwiesen.

Gaspreissenkung

Der Aufsichtsrat der SWH hat im Februar 2010 eine **Gaspreissenkung** um 3,8 % zum 1. April 2010 beschlossen. Diese Entlastung gibt die SWH in Form von Bonuszahlungen an ihre Kunden weiter. Es handelt sich um die dritte Gaspreissenkung innerhalb von zwölf Monaten.

Stromtarifpreiserhöhung

Im August 2010 hat der Aufsichtsrat einer **Erhöhung des Stromtarifpreises** um 5,8 % zum 1. Oktober 2010 zugestimmt. Eine Erhöhung der Stromtarifpreise war aufgrund der wachsenden Belastungen aus der Förderung erneuerbarer Energien sowie durch Kostensteigerungen aufgrund der gestiegenen gesetzlichen Anforderungen notwendig.

Modernisierungsprojekt Heizkraftwerk Linden

Bereits Ende 2008 fiel die Entscheidung zur **Modernisierung und Erweiterung der GuD-Anlage im HKW Linden**. Ziel dabei ist eine Modernisierung und Leistungssteigerung der bestehenden Anlage um rund 130 MW_{el} auf 230 MW_{el} bei der Stromproduktion sowie eine Erhöhung von 90 MW_{th} auf 180 MW_{th} bei der Fernwärmeleistung. Die Inbetriebsetzung der kompletten GuD-Anlage ist für Herbst 2011 geplant. Seit Mitte 2010 wird das Modernisierungsprojekt federführend von der GKL vorangetrieben, dazu wurden Anlagen von der SWH auf die GKL übertragen. Zur Finanzierung der Übernahme und des weiteren Ausbaus werden GKL Gesellschafterdarlehen durch die SWH bereitgestellt.

Gasspeicherausbau in Empelde

Seit 1982 nutzt die SWH den Erdgas-Kavernenspeicher der GHG. Ende Mai 2009 wurde bei der GHG zusätzlich zur ersten Ausbaustufe der **Ausbau weiterer Speicherkapazitäten** im Rahmen einer zweiten Ausbaustufe beschlossen, der bis zum Jahr 2017 das Speichervolumen auf rund 578 Millionen Kubikmeter erhöhen wird, davon entfällt auf die SWH ein Anteil von rund 342 Millionen Kubikmeter. Im Sommer 2010 wurde die Bohrung einer fünften Kaverne abgeschlossen und im Herbst 2010 der Solbetrieb aufgenommen. Der Abschluss der gesamten Arbeiten ist für das Jahr 2017 vorgesehen.

2 Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1.1 Gesamtwirtschaftliche Situation

Die Weltwirtschaft erholte sich im Jahr 2010 insbesondere aufgrund der aufstrebenden asiatischen Wirtschaftsmächte kräftiger als zunächst erwartet. Der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts wird sich für das Gesamtjahr gegenüber dem Vorjahr nach Einschätzungen des Instituts für Wirtschaftsforschung auf 4,7 % belaufen. Auch in der Europäischen Union (EU) erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr um 1,8 %.

In Deutschland stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2010 nach Angaben des Statistischen Bundesamts um 3,6 % gegenüber dem Jahr 2009, preis- und kalenderbereinigt stieg es um 3,5 % gegenüber dem Vorjahr. Die Wachstumsimpulse sind dabei nicht nur auf den Außenhandel, sondern auch auf die starke Binnennachfrage zurückzuführen. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche stieg im Jahr 2010 um 4,0 % gegenüber dem Vorjahr, der stärkste Anstieg war dabei im Produzierenden Gewerbe mit 10,1 % zu verzeichnen.

Die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat auch den Energieverbrauch in Deutschland erheblich beeinflusst. So stieg der Primärenergieverbrauch im Jahr 2010 infolge des guten Konjunkturverlaufs sowie der kühlen Witterung zu Beginn und am Ende des Jahres um 4,6 %, der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch stieg dabei von 8,9 % auf 9,4 % (Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., Stand: Februar 2011).

2.1.2 Marktbezogene Entwicklung

Strom- und Gasmarkt

Im Jahr 2010 lag die Bruttostromerzeugung um 4,7% über dem Vorjahr und stieg auf 621,0 Mrd. kWh. Der Anteil von Braun- und Steinkohle an der Bruttostromerzeugung betrug dabei insgesamt 42,4 % (Braunkohle 23,7 %, Steinkohle 18,7 %), der Anteil der Kernenergie betrug 22,6 %. Der Bruttostromverbrauch in Deutschland ist im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um 4,3 % gestiegen, der Erdgasverbrauch erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 4,2 % (Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., Stand: Februar 2011). Wichtigster Grund für den gestiegenen Energieabsatz ist die deutliche

konjunkturelle Erholung, insbesondere in der Industrie. Dabei konnten die Verbrauchswerte aber noch nicht das Niveau vor der Wirtschaftskrise erreichen. Es ist jedoch eine zunehmende Volatilität der Energiepreise im Markt zu beobachten.

Während im ersten Halbjahr 2010 der durchschnittliche Baseload-Produkt-Preis am Spotmarkt der European Energy Exchange (EEX) noch bei 41,27 Euro/MWh lag, stieg er im zweiten Halbjahr 2010 auf durchschnittlich 47,65 Euro/MWh beziehungsweise um 15,5 %. Damit betrug der Preis im gesamten Jahr 2010 durchschnittlich 44,48 Euro/MWh und lag damit um 14,5 % über dem Mittelwert des Jahres 2009 (38,86 Euro/MWh). Preissteigernd wirkten im Jahr 2010 neben einem im Vergleich zum US-Dollar schwächeren Euro auch gestiegene Spotmarktpreise auf den Handelsmärkten für Erdgas, Kohle und CO₂-Zertifikate. Auf dem Terminmarkt der EEX betrug der Preis für Baseload-Jahresprodukte mit Lieferung im Jahr 2011 durchschnittlich 49,88 Euro/MWh im Jahr 2010 gegenüber durchschnittlich 53,91 Euro/MWh im Jahr 2009, was einen Preisrückgang von 7,5 % bedeutet. Für Lieferungen im Jahr 2012 betrug der Preis im Jahr 2010 durchschnittlich 52,56 Euro/MWh gegenüber durchschnittlich 57,43 Euro/MWh im Jahr 2009, der Mittelwert lag damit im Jahr 2010 um 8,5 % unter dem Vorjahr.

Im ersten Halbjahr 2010 betrug der Erdgaspreis für sofortige Lieferungen (Spotmarkt) an der Title Transfer Facility (TTF – niederländischer Großhandelsmarkt) noch durchschnittlich 14,77 Euro/MWh, stieg aber im Verlauf des zweiten Halbjahrs 2010 auf durchschnittlich 19,70 Euro/MWh an. Insgesamt lag der Jahresdurchschnittspreis im Jahr 2010 bei 17,24 Euro/MWh gegenüber 12,11 Euro/MWh im Jahr 2009. Ursächlich hierfür war insbesondere die mit dem positiven Konjunkturverlauf verbundene erhöhte Nachfrage. Der Preisverlauf für Lieferungen im Jahr 2011 bewegte sich im Jahr 2009 bei durchschnittlich 21,78 Euro/MWh, im Jahr 2010 lag der Preis im Durchschnitt bei 19,38 Euro/MWh. Für Lieferungen im Jahr 2012 betrug der Durchschnittspreis im Jahr 2009 23,44 Euro/MWh, im Jahr 2010 lag der Mittelwert bei 21,11 Euro/MWh.

Kohle- und Ölmarkt

Der bereits im ersten Halbjahr 2010 zu verzeichnende Anstieg für Steinkohle mit einem Heizwert von 6.000 kcal/kg setzte sich auch im zweiten Halbjahr 2010 fort. Nachdem die Kohlenotierungen (API #2-Index) für den ARA-Raum (Amsterdam – Rotterdam – Antwerpen) bereits im ersten Halbjahr 2010 auf durchschnittlich rund 83 US-Dollar je Tonne gegenüber durchschnittlich rund 68 US-Dollar je Tonne im ersten Halbjahr 2009 gestiegen waren, war für das gesamte Jahr 2010 ein Durchschnittspreis von rund 92 US-Dollar je Tonne zu verzeichnen. Im gesamten Jahr 2009 betrug der Durchschnittspreis noch rund 70 US-Dollar je Tonne. Der deutliche Preisanstieg ist insbesondere auf die konjunkturelle Erholung und in diesem Zuge gestiegene Strom- und Gaspreise zurückzuführen.

Im April 2010 lag der Ölpreis für einen Barrel der Sorte UK Brent im Monatsdurchschnitt mit rund 85 US-Dollar je Barrel erstmals seit Oktober 2008 wieder über 80 US-Dollar je Barrel. In der Folgezeit gingen die Preise jedoch bis Ende September auf rund 78 US-Dollar je Barrel zurück, lagen Ende Dezember allerdings bereits wieder bei über 90 US-Dollar je Barrel. Im Durchschnitt lag der Preis im gesamten Jahr 2010 bei rund 79 US-Dollar je Barrel, im Jahresdurchschnitt 2009 bei rund 62 US-Dollar je Barrel. Die gestiegenen Ölpreise sind auf die weltweite Konjunkturbelebung sowie die deutliche Zurückstufung des Euro gegenüber dem US-Dollar zurückzuführen. Die Rohöleinfuhren nach Deutschland sanken im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um 4,7 % von 97,9 Millionen Tonnen auf 93,3 Millionen Tonnen.

CO₂-Markt

Der CO₂-Markt war im Jahr 2010 von deutlichen Preisveränderungen gekennzeichnet. Der Preis für EUAs (EU-Allowances) bewegte sich im Jahr 2010 zwischen 12,40 Euro/t CO₂ und 16,42 Euro/t CO₂, im Durchschnitt lag der Settlement Price an der EEX bei 14,48 Euro/t CO₂. Im Jahr 2009 bewegten sich die Preise noch zwischen 8,10 Euro/t CO₂ und 15,83 Euro/t CO₂ und lagen im gesamten Jahr durchschnittlich bei 13,31 Euro/t CO₂. Die Preise für die sogenannten Kyoto-Units CER (Certified Emission Reductions) mit

Lieferung im Jahr 2010 bewegten sich zwischen 10,90 Euro/t CO₂ und 14,40 Euro/t CO₂ (2009: 7,55 Euro/t CO₂ und 13,84 Euro/t CO₂), im Durchschnitt lag er bei 12,46 Euro/t CO₂ (2009: 11,72 Euro/t CO₂).

2.2 Politische Rahmenbedingungen

Politische und regulatorische Vorgaben sowie Marktentwicklungen bilden die Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft, die regelmäßig durch markt- und wettbewerbsorientierte Maßnahmen beeinflusst wird. Die Geschäftspolitik der auf diesem Gebiet tätigen Unternehmen muss daher immer wieder an die sich ändernden Voraussetzungen und Regularien angepasst werden. Der SWH-Konzern wird sich auch künftig mit den sich ändernden Rahmenbedingungen auseinandersetzen und nach praktikablen und vertretbaren Wegen der Umsetzung suchen.

2.2.1 Europäische Energiepolitik

EU-Klimapaket

Mit dem im Dezember 2008 verabschiedeten Klima- und Energiepaket hat sich die EU unter anderem zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen in der EU um 20,0 % zu reduzieren, den Anteil erneuerbarer Energiequellen auf 20,0 % zu steigern und den Energieverbrauch durch bessere Energieeffizienz um 20,0 % zu verringern. Dazu wurden auf Ebene der EU verschiedene Maßnahmen erlassen, deren Umsetzung in nationales Recht noch aussteht.

Verordnung zur Verbesserung der Erdgasversorgung im Erdgasbinnenmarkt

Im Oktober 2010 haben das Europäische Parlament und der Rat eine neue Verordnung zur Verbesserung der Erdgasversorgung im Erdgasbinnenmarkt erlassen, die im Dezember 2010 in Kraft getreten ist. Ziel der neuen Verordnung ist, Maßnahmen zur Gewährleistung einer sicheren Erdgasversorgung festzulegen, indem ein reibungsloses und ununterbrochenes Funktionieren des Erdgasbinnenmarktes sichergestellt wird und sowohl hinsichtlich der Prävention als auch hinsichtlich der Reaktion auf spezielle Versorgungsstörungen eine klare Festlegung und Zuweisung der Zuständigkeiten sowie eine effiziente Koordinierung der Reaktion auf Ebene der Mitgliedstaaten und der Union vorgesehen werden. Die Verordnung gilt unmittelbar für alle Mitgliedstaaten.

Richtlinie über Industrieemissionen

Der von der EU-Kommission erarbeitete Vorschlag für eine Richtlinie über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) zielt darauf ab, die Verschmutzung durch Industrieanlagen innerhalb der EU zu verringern. Dafür sollen EU-weite Grenzwerte für Schadstoffemissionen eingeführt werden, die klare Anforderungen an die Zulassung von Anlagen definieren. Hieraus kann ein Nachrüstbedarf für Industrieanlagen entstehen. Die Richtlinie wurde im Dezember 2010 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und ist Anfang Januar 2011 in Kraft getreten. Eine Umsetzung in nationales Recht muss bis Januar 2013 erfolgen.

EU-Versteigerungsverordnung

Im November 2010 ist die EU-Versteigerungsverordnung in Kraft getreten. Die Verordnung regelt den zeitlichen und administrativen Ablauf sowie sonstige Aspekte der Versteigerung von Emissionszertifikaten im EU-Emissionshandelssystem ab der dritten Handelsperiode (Beginn 2013). Die Versteigerungsverordnung wird das bisher geltende Zuteilungsgesetz und die darauf basierende Emissionshandels-Versteigerungsverordnung 2012 für die Zuteilungsperiode ab 2013 ersetzen.

EU-Energiestrategie 2011–2020

Im Oktober 2010 wurde die neue EU-Energiestrategie 2011–2020 vorgestellt, die in den kommenden Jahren Arbeitsprogramm und energiepolitische Leitlinie für die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten sein wird. Dabei setzt die EU-Energiestrategie auf die Schwerpunkte Energiebinnenmarkt, Energieeffizienz, Verbraucherschutz, Forschung und Entwicklung sowie die Energieaußenbeziehungen der EU.

2.2.2 Energiepolitik und Rechtsrahmen in Deutschland

Energiekonzept der Bundesregierung für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung

Im September 2010 hat die Bundesregierung ein nationales Energiekonzept mit Perspektive bis 2050 beschlossen, mit dem Leitlinien für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung formuliert werden. Das Energiekonzept sieht unter anderem vor, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens 80,0 % gegenüber 1990 zu reduzieren, den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch bis 2050 auf 60,0 % sowie den Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch auf 80,0 % zu erhöhen. Der Primärenergieverbrauch soll gleichzeitig bis 2050 gegenüber 2008 um 50,0 % sinken. Mit dem Energiekonzept hat die Bundesregierung als ersten Schritt der Umsetzung ein Sofortprogramm beschlossen, das bis zum 31. Dezember 2011 umgesetzt werden soll. Bestandteile des 10-Punkte-Sofortprogramms zum Energiekonzept sind beispielsweise ein 5-Milliarden-Kreditprogramm für den Ausbau von Offshore-Windanlagen, die Befreiung neuer Speicherkraftwerke von Netzentgelten sowie ein zwischen allen Netzbetreibern abgestimmter 10-Jahres-Plan für den Netzausbau in Deutschland. Da die Bundesregierung die Kernenergie als Brückentechnologie für den Übergang zu erneuerbaren Energien sieht, wurden im Rahmen des Energiekonzepts die Laufzeiten für deutsche Kernkraftwerke zunächst um durchschnittlich zwölf Jahre verlängert. Im Gegenzug sollen die Kernkraftwerksbetreiber die Förderung der erneuerbaren Energien finanziell unterstützen. Nach den Ereignissen in Japan im März 2011, wo ein schweres Erdbeben zu einer Gefährdung durch Radioaktivität führte, wurde von der Bundesregierung die beschlossene Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke noch einmal zur Diskussion gestellt und ein dreimonatiges Moratorium für das Gesetz zur Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke erlassen, das zur Überprüfung der Kernkraft in Deutschland genutzt werden soll. Am 15. März 2011 einigte sich die Bundesregierung mit den Bundesländern zunächst darauf, dass die sieben vor Ende 1980 in Betrieb genommenen Kernkraftwerke für drei Monate bis zum 15. Juni 2011 vom Netz genommen werden.

Ausgleichsmechanismus-Ausführungsverordnung

Ende Februar 2010 ist die von der BNetzA erlassene Verordnung zur Ausführung der Verordnung zur Weiterentwicklung des bundesweiten Ausgleichsmechanismus (Ausgleichsmechanismus-Ausführungsverordnung, AusglMechAV) in Kraft getreten. Die Verordnung dient der Ausgestaltung und Ausführung des weiterentwickelten bundesweiten Ausgleichsmechanismus für nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vergüteten Strom. Übertragungsnetzbetreiber sind danach nicht mehr zu einer physikalischen Wälzung des nach dem EEG vergüteten Stroms in Form von Monatsbändern an die Stromlieferanten, sondern zu einer börslichen Vermarktung verpflichtet.

Gesetz über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen

Im November 2010 ist das Gesetz über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen (EDL-G) in Kraft getreten, mit dem die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen (EU-Energiedienstleistungsrichtlinie) in deutsches Recht überführt wird. Mit dem Gesetz soll der nationale Energieeinsparrichtwert entsprechend den Vorgaben der EU-Energiedienstleistungsrichtlinie von 9,0 % Endenergie (d.h. auf Verbraucherseite) bis 2017 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2005 eingespart werden.

Außerdem werden Energieversorger verpflichtet, Endkunden über Energiedienstleistungen, Energieaudits, Energieberatungen oder Energieeffizienzmaßnahmen zu informieren. Institutionen des öffentlichen Sektors sollen künftig eine Vorbildfunktion bei der Verbesserung der Energieeffizienz einnehmen und erfolgreiche Maßnahmen bekannt machen.

Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes

Ende Oktober 2010 hatte das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie zunächst ein Eckpunktepapier zur im Jahr 2011 geplanten Novelle des EnWG veröffentlicht, seit Anfang März 2011 liegt ein Referentenentwurf zur EnWG-Novelle vor. Mit der Novelle des EnWG sollen im Wesentlichen die EU-Regelungen aus dem Jahr 2009 zum Elektrizitäts- beziehungsweise Erdgasbinnenmarkt umgesetzt werden. Mit dem sogenannten Dritten Binnenmarktpaket Energie wurde unter anderem die Entflechtung von Erzeugung und Energietransport (Unbundling) geregelt sowie eine Agentur für die Zusammenarbeit der Regulierungsbehörden geschaffen. Die Umsetzung des Dritten Binnenmarktpaketes Energie in nationales Recht musste bis Anfang März 2011 erfolgen.

Änderungen des Energie- und des Stromsteuergesetzes durch das Haushaltsbegleitgesetz 2011

Am 1. Januar 2011 ist das Haushaltsbegleitgesetz 2011 in Kraft getreten, das unter anderem auch Änderungen des Energie- und des Stromsteuergesetzes mit sich bringt. Die Änderungen beinhalten zum einen eine Reduzierung der bisherigen Steuerbegünstigungen sowohl bei der Energiesteuer als auch bei der Stromsteuer. So wurde auf Initiative des Haushaltsausschusses kurzfristig unter anderem auch der eigentlich für die Fernwärmeversorgung vorgesehene Erhalt der Begünstigung bei der Energiebesteuerung gestrichen. Darüber hinaus ergibt sich zum anderen bei der Stromsteuer eine gravierende Änderung des Verfahrens der Steuerbegünstigungen für die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes / der Land- und Forstwirtschaft. Außerdem entfallen die Steuerbegünstigungen beim sogenannten Energie-Contracting, wenn die erzeugte Nutzenergie (Wärme, Kälte, Licht etc.) nicht von einem Unternehmen des Produzierenden Gewerbes verwendet wird.

Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes

Im Februar 2011 hat der Bundesrat dem bereits vom Bundestag im Jahr 2010 verabschiedeten Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes zugestimmt. Das Änderungsgesetz sieht unter anderem den verstärkten Einsatz von Erdgas für die steuerbegünstigte Herstellung von Energieerzeugnissen und eine Befreiung von der Energiesteuer für Deponie- und Klärgase vor. Der Bundesrat hat ferner eine Entscheidung gefasst und die Bundesregierung erneut gebeten, in das Energiesteuergesetz zu Gunsten einer klima- und umweltfreundlichen Versorgung eine Regelung zur steuerlichen Entlastung von Fernwärme aufzunehmen.

Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

Am 1. Juli 2010 ist das Erste Gesetz zur Änderung des EEG vom 11. August 2010 rückwirkend in Kraft getreten. Mit den Änderungen werden die Vergütungen für Anlagen zur Erzeugung von Solarstrom auf Gebäuden und Freiflächen deutlich abgesenkt.

Neufassung Gasnetzzugangsverordnung

Im September 2010 ist die Neufassung der Verordnung über den Zugang zu Gasversorgungsnetzen (Gasnetzzugangsverordnung - GasNZV) in Kraft getreten. Die Verordnung hat das Ziel, den Wettbewerb auf dem Gasmarkt zu beleben und verlangt, die Zahl der sogenannten Marktgebiete bis 2013 von heute sechs auf höchstens zwei für ganz Deutschland zu reduzieren. Außerdem wird nun ein Versteigerungsverfahren angewendet, um den Zugang zu knappen Transportkapazitäten zu erleichtern, der Anteil von langfristigen Kapazitätsverträgen an Ein- und Ausspeisepunkten begrenzt sowie der Zeitraum, für den Transportkapazitäten im Gasnetz reserviert werden können, auf maximal drei Jahre begrenzt.

Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafter Speicherung von Kohlendioxid

Auch im Jahr 2010 konnte innerhalb der Bundesregierung keine Entscheidung über den sogenannten CCS-Gesetzesentwurf, mit dem auch eine EU-Richtlinie umgesetzt wird, herbeigeführt werden. Damit lässt ein Beschluss über die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid weiter auf sich warten. Die EU-Staaten müssen die EU-Richtlinie bis Mitte 2011 in nationales Recht umgesetzt haben.

Versteigerung von Emissionsberechtigungen in der Zuteilungsperiode 2008 bis 2012

Seit dem Jahr 2010 wird der bisherige Verkauf von einem Teil der Emissionsberechtigungen (etwa 9 %) von einem Versteigerungsverfahren abgelöst. Die Versteigerungen werden in den Jahren 2010 und 2011 wöchentlich an der Leipziger Strombörse EEX (European Energy Exchange) durchgeführt. Für die Zeit nach 2012 ist die Auktionierung als Grundzuteilungsregel vorgesehen, die dafür notwendige EU-Versteigerungsverordnung ist am 12. November 2010 in Kraft getreten. Die Verordnung regelt den zeitlichen und administrativen Ablauf sowie sonstige Aspekte der Versteigerung von Emissionszertifikaten im EU-Emissionshandelssystem ab der dritten Handelsperiode (Beginn 2013).

Drittes Binnenmarktpaket Energie

Im September 2009 war auf Ebene der EU das Dritte Binnenmarktpaket Energie in Kraft getreten. Wesentlichster Kernpunkt des Paketes ist die Eigentumsentflechtung (Ownership Unbundling) der Stromübertragungs- und Gasfernleitungsnetze (Transportnetze) beziehungsweise eine vergleichbar effiziente Trennung von Netzbetrieb und Erzeugung innerhalb vertikal integrierter Unternehmen. Anfang März 2011 sind die Vorschriften des Dritten Binnenmarktpaketes Energie in den EU-Mitgliedstaaten in Kraft getreten. Allerdings wurde das Paket bisher von keinem Mitgliedsstaat fristgerecht umgesetzt. Für Deutschland wird erwartet, dass das Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung des Dritten Binnenmarktpaketes bis zum Sommer 2011 abgeschlossen sein wird.

3 Absatz und Beschaffung

Da die Geschäftstätigkeit des Konzerns zum überwiegenden Teil durch die SWH bestimmt wird, wird im Folgenden hauptsächlich auf die SWH Bezug genommen.

Strom

Die SWH versorgt sowohl im als auch außerhalb des Konzessionsgebietes Endkunden mit Strom und tätigt des Weiteren auch Stromhandelsgeschäfte. Im Geschäftsjahr 2010 entwickelten sich bei der SWH die Abgabemengen für Strom gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Der überwiegend durch den Energiehandel getriebene Stromabsatz hat um 11,4 % auf insgesamt 21.483 GWh abgenommen. Dabei waren sowohl der Absatz an Kunden als auch der Absatz im Stromhandel rückläufig. Die Handelsgeschäfte der SWH verzeichneten im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 11,6 %.

Entsprechend dem Stromabsatz entwickelten sich auch die Strombezugsmengen gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Den wesentlichen Anteil an den Bezugsmengen hat mit 76,5 % (Vorjahr: 79,4 %) weiterhin der Stromhandel. Darüber hinaus erzeugt die SWH 22,3 % (Vorjahr: 13,4 %) ihres Strombedarfs in Gemeinschaftskraftwerken. Inklusive der stadtwerkeeigenen Erzeugungskapazitäten konnte die Eigenerzeugung in Kraftwerken um 46,9 % gesteigert werden. Der deutliche Anstieg der Eigenerzeugung ist insbesondere auf die durch den KWM-Anteilserwerb zusätzlich vorhandenen Erzeugungskapazitäten zurückzuführen.

Gas

Neben dem Stadtgebiet Hannover führt die SWH auch in weiteren regionalen Gemeinden die Gasgrundversorgung durch. Ebenso wie im Stromsektor tätigt das Unternehmen auch Geschäfte am Gashandelsmarkt. Bei der SWH hat sich der ebenfalls stark durch den Energiehandel getriebene Gesamtgasabsatz um insgesamt 6,6 % auf 25.011 GWh erhöht. Dabei konnten sowohl die Handelsgeschäfte als auch die Gaslieferungen an Kunden deutlich gesteigert werden. Aufgrund von planmäßigen Kundenzugewinnen außerhalb des Konzessionsgebietes im Jahr 2010 stieg dieses Marktsegment um 283,0 GWh auf 368,7 GWh.

Analog zum Absatz erhöhte sich auch der Gasbezug gegenüber dem Vorjahr um 6,6 %. Wie beim Strom stellte auch im Gasbereich die Beschaffung über den Gashandel mit 69,0 % (Vorjahr: 70,4 %) die wesentliche Bezugsquelle dar. Zur Optimierung des Bezugs stehen Speicherkapazitäten über die Beteiligung an der GHG zur Verfügung.

Wärme

Zu den Wärmekunden zählen neben Industrieunternehmen öffentliche Einrichtungen, Krankenhäuser und Kunden in Wohngebieten. Der Wärmeabsatz entwickelte sich im Geschäftsjahr insgesamt sehr positiv (plus 21,9 %). Insgesamt wurden 1.389 GWh Wärme abgesetzt. Die positive Entwicklung ist dabei hauptsächlich auf die Fernwärme zurückzuführen, in diesem Bereich konnten zahlreiche Neukunden gewonnen werden.

Die Wärmebeschaffung hat sich entsprechend dem Wärmeabsatz sowohl aufgrund von Temperatureffekten als auch durch die erfolgreiche Umsetzung unseres Fernwärmeverdichtungsprogramms gegenüber dem Vorjahr um 21,9 % erhöht. Der Fernwärmebezug wurde mit 91,3 % (Vorjahr: 93,9 %) beinahe vollständig durch die Erzeugung in den Gemeinschaftskraftwerken in Linden und Stöcken sowie durch weitere eigene Erzeugungskapazitäten abgedeckt.

Wasser

Die SWH betreibt die Wasserversorgung im Stadtgebiet Hannover sowie weiteren regionalen Gemeinden. Darüber hinaus werden verschiedene regionale Wasserverbände und Ortsteile beliefert. Der Wasserabsatz stieg im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr um 0,4 % beziehungsweise 0,2 Millionen Kubikmeter leicht an. Insgesamt wurden 41,7 Millionen Kubikmeter an Kunden abgesetzt. Der Hauptabsatz ging mit 84,5 % an Tarifkunden.

Die Wasserbeschaffung erfolgt hauptsächlich über eigene Wasserwerke in der Region Hannover sowie über strategische Beteiligungen an Wassergewinnungsgesellschaften. Die Eigenerzeugung machte im Geschäftsjahr ähnlich dem Vorjahr einen Anteil von 93,5 % beziehungsweise 40,6 Millionen Kubikmeter am Gesamtbezug aus. Damit stellt der Fremdbezug momentan nur eine strategische Ergänzung zur Eigenerzeugung dar.

4 Forschung und Entwicklung

Der Fokus in der Forschung und Entwicklung im SWH-Konzern liegt ausschließlich auf Effizienzverbesserungen der vorhandenen Technologien und Erschließung neuer Geschäftsfelder.

Effizienzsteigerungen in Kraftwerken

Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag im Jahr 2010 in der Modernisierung und Leistungssteigerung der GuD-Anlage des HKW Linden.

Einsatz Brennstoff Biogas

Mit der Erzeugung von Biogas aus nachwachsenden Rohstoffen und der anschließenden Einspeisung in das Erdgasverteilnetz sind auch im Jahr 2010 umfassende positive Erfahrungen gemacht worden. Zur Verbesserung der Gesamteffizienz ist zum Jahresende eine

Micro-Gasturbine installiert worden, die die Abluft der Gasaufbereitung als Verbrennungsluft nutzt und gleichzeitig die Kesselanlage zur Beheizung der Fermenter ersetzt. Die Erfahrungen werden in einem halbjährigen Probe- und Demonstrationsbetrieb ausgewertet, um dann Mitte 2011 zu entscheiden, ob das Verfahren praxistest ist.

Einführung „Workforce Management System“ (WFM)

Um einen effizienten Einsatz der beschäftigten Monteure zu gewährleisten, führt die SWH seit 2008 in Stufen ein „Workforce Management System“ (WFM-System) ein. Die im Netzbetrieb tätigen Mitarbeitenden erhalten dann ihre Arbeitsaufträge von einer zentralen Arbeitssteuerung direkt auf ihre mobilen Datengeräte. Ende 2010 arbeiteten circa 70,0 % der Mitarbeitenden der SWH mit dem System. Mit der Inbetriebnahme der Prozesse „Schaltmanagement Strom“ und „Entstörung“ werden im April 2011 sämtliche Prozesse des Netzbetriebs auf WFM-basierte Arbeitsabläufe umgestellt sein.

Elektromobilität

Im Jahr 2010 konnte das erste Elektroauto (Eco Carrier) in Betrieb genommen werden. Der Schritt in die Elektromobilität wurde durch die Beschaffung von fünf Elektrofahrrädern (Pedelects) ergänzt. Diese Pedelects stehen an den Standorten der SWH sowie dem enercity expo café allen Mitarbeitenden als Bestandteil des Fahrradpools zur Verfügung. Für das Jahr 2011 wird eine deutliche Marktentwicklung bei den Elektrofahrzeugen erwartet. Weitere Investitionen in Fahrzeuge und Ladestationen sind geplant.

5 Umweltschutz

Umweltschutz ist ein integraler Bestandteil der Konzernstrategie. Dies dient sowohl dem Schutz der Umwelt als auch der langfristigen Sicherung der Produktions- und Geschäftsgrundlagen des Konzerns. Hierzu gehört ebenfalls ein breites Spektrum an kundenorientierten Umweltschutzmaßnahmen.

Innovativ in der Umsetzung von produktionsorientierten Umweltschutzmaßnahmen

Die SWH befindet sich auf dem Umsetzungspfad des Klimaschutzprogramms „Klima-Allianz Hannover 2020“. In ihrem Beitrag verpflichtet sich die SWH zu einer bilanzwirksamen Reduzierung der CO₂-Emissionen um 700.000 Tonnen auf der Angebotsseite (Versorgung mit Strom und Wärme) im Zeitraum von 1990 bis 2020. Des Weiteren sollen die spezifischen CO₂-Emissionen der Stromversorgung weiter gesenkt und die Stromerzeugung soll durch regenerative Energien und in Kraft-Wärme-Kopplung ausgeweitet werden. Die SWH hat ein Maßnahmen-Portfolio definiert, das in Summe die Ziele in vollem Umfang erfüllt.

Im Jahr 2010 wurde ein Monitoring der im Rahmen der Klima-Allianz vorgeschlagenen Maßnahmen durchgeführt. Maßnahmen mit sehr hohem CO₂-Einsparpotenzial wie die GuD-Modernisierung des HKW Linden und der Fernwärmeausbau der Stufe 1 laufen planmäßig, der Ausbau des Contracting auf Basis erneuerbarer Energien läuft schneller als ursprünglich geplant. Der Ausbau der regenerativen Stromerzeugung erfährt auf Basis der strategischen Unternehmensplanung K2020 der SWH eine höhere Gewichtung. Gemäß bestehender Vorschaurechnung wird die Erreichung der Unternehmensziele im Rahmen der Klima-Allianz gewährleistet.

enercity-Klimaschutzfonds proKlima

Neben eigenen Potenzialen unterstützt die SWH mit dem enercity-Klimaschutzfonds proKlima zusätzlich die in der Klima-Allianz aufgezeigten Potenziale zur CO₂-Reduktion auf der Nachfrageseite.

Im Jahr 2010 wurden rund Mio. EUR 3,5 in den proKlima-Fonds eingezahlt, der hierdurch zu rund 76,0 % von der SWH getragen wird. Die weiteren 24,0 % werden von den Städten Hannover, Hemmingen, Laatzen, Langenhagen, Ronnenberg und Seelze, welche auch

das proKlima-Fördergebiet bilden, beigesteuert. Die Fördergelder des Fonds fließen dabei vor allem in die energetische Modernisierung von Wohngebäuden – etwa in eine verbesserte Wärmedämmung oder eine effiziente Heizungsanlage. Aber auch kleine und mittlere Unternehmen sowie öffentliche Einrichtungen profitieren von proKlima. Die Förderpolitik von proKlima setzt dabei bewusst Impulse für Innovationen und qualitativ hochwertige Umsetzungen. Ziel aller proKlima-Aktivitäten ist, den Ausstoß des Treibhausgases CO₂ drastisch zu reduzieren. Der Fonds ist auch weiterhin fest in der Unternehmensstrategie der SWH verankert.

Ausbau der Windkraft

Für den Ausbau der Stromerzeugung aus Windkraftanlagen sind bis 2020 Investitionen geplant, die noch durch konkrete Projekte zu hinterlegen sind. Dabei sind sowohl On- als auch Offshore-Projekte vorgesehen.

Umweltfreundliche Kraft-Wärme-Kopplung

Ein wesentlicher Teil der Stromerzeugung erfolgt auch künftig in umweltfreundlicher Kraft-Wärme-Kopplung auf Gas- beziehungsweise Steinkohlebasis in den innerstädtischen Kraftwerken HKW Linden, Kraftwerk Herrenhausen (KWH) sowie GKH. Eine wesentliche Rolle zur Sicherung dieser Ertragskraft im Erzeugungssektor kann durch die Modernisierung und Leistungserweiterung der GuD-Anlage des Standortes Linden erreicht werden. Neben der Erhöhung der Erzeugungskapazitäten wird damit auch ein klares Bekenntnis zur Kraft-Wärme-Kopplung in Hannover gegeben. Nach der Modernisierung des Kraftwerks werden hocheffiziente und ressourcenschonende Erzeugungstechniken zur Verfügung stehen, die eine CO₂-Einsparung von über 200.000 Tonnen jährlich erreichen und damit die derzeit wirksamste Maßnahme im Rahmen der Klima-Allianz mit der Landeshauptstadt Hannover darstellen werden.

Energieeffiziente Straßenbeleuchtung

Nachdem Hannover als eine der ersten Städte die letzte Quecksilberdampf-Hochdrucklampe ersetzte und in der Straßenbeleuchtung nunmehr ausschließlich energieeffiziente Lampen- und Leuchtentechnik in Betrieb ist, wurde dieses Ziel in einem groß angelegten Erneuerungsprojekt im Jahr 2010 auch in Langenhagen erreicht. Beide Städte kamen damit dem europaweiten Verbot dieses Leuchtmittels um fünf Jahre zuvor. Auf der Suche nach weiteren Energieeinsparmöglichkeiten setzt die SWH ihre LED-Aktivitäten mit der Realisierung des Projekts Eickenhof in Langenhagen fort. Hierbei gelang es erstmals, eine LED-Straßenbeleuchtungsanlage über eine Anwesenheitssensorik zu steuern und mit einem um fast 70,0 % reduzierten Energieeinsatz ohne Komfortverlust zu betreiben.

Biomassenutzung

Im enercity HolzenergieCenter auf dem Gelände des Gemeinschaftskraftwerks in Stöcken wird die Prozesswärme des Kraftwerks umweltschonend und wirtschaftlich genutzt, um das dort zum Verkauf angebotene Holz zu trocknen. Anfang Februar 2010 sorgte ein Brand für einen Produktionsausfall. Die modernisierte und vergrößerte Anlage nahm im November 2010 ihren Regelbetrieb wieder auf. Der Absatz von Holzscheiten, -schnittel, -pellets und -briketts betrug im Jahr 2010 knapp 2.700 Tonnen und konnte damit leicht um 60 Tonnen gesteigert werden.

Die eCG sowie die Danpower werden im Geschäftsfeld Biomasse in den nächsten Jahren weiterhin substanziell investieren. Insgesamt ist der SWH-Konzern über die Gesellschaften eCG, Danpower sowie Energie-Projektgesellschaft Langenhagen mbH, Langenhagen, (EPL) zurzeit an 13 in Betrieb befindlichen Biogasprojekten beteiligt. Im März 2010 hat die eCG 51,0 % der Anteile an der Bioenergie Harber GmbH & Co. KG, Hohenhameln, übernommen. Diese plant bis Mitte 2011 die Errichtung einer Biogasanlage, die neben der Stromerzeugung aus Biogas im Blockheizkraftwerk auch die angrenzende Schule und andere Kunden mit Wärme beliefern wird. Danpower hat im Jahr 2010 drei weitere Biogasanlagen in Wolgast, Bernsdorf und Saalow in Betrieb genommen.

Zum Jahresende 2010 sind im SWH-Konzern insgesamt 29 Biomasseanlagen, davon 13 Biogasanlagen, neun Holzhackschnitzelanlagen, fünf Holzpelletfeuerungsanlagen sowie zwei Palmöl-Blockheizkraftwerke, in Betrieb. Unter Berücksichtigung der Ersatzbrennstoff-Anlage in Bitterfeld liegt die Stromproduktion dieser Anlagen bei rund 200 GWh, was rund 15 % des Haushaltskundenbedarfs im Netzgebiet Hannover pro Jahr entspricht.

Elektromobilität

Im Jahr 2010 machte die SWH die ersten Schritte in die elektro-mobile Zukunft: Im September wurde erstmals eine Flotte von zehn Elektrorollern an enercity-Privat- und Geschäftskunden für einen 10-wöchigen kostenlosen Test vergeben. Im Jahr 2011 sind drei weitere Testphasen geplant, sodass insgesamt 40 Kunden mit den innovativen, fast lautlosen Zweirädern Erfahrungen sammeln können. Darüber hinaus stehen den Mitarbeitenden an allen großen Verwaltungsstandorten und am enercity expo café Elektrofahrräder (Pedelects) für Dienstfahrten zur Verfügung. Seit November können Nutzer von E-Fahrzeugen an der ersten enercity-Stromtankstelle kostenlos enercity-UmweltStrom tanken.

BioErdgas als Kraftstoff

Seit Juni 2010 bietet die eCG erstmals in Hannover BioErdgas an. Diesem Erdgas werden bilanziell 10,0 % BioErdgas beigemischt, das in der Biogasanlage der BiRo GmbH & Co. KG, Ronnenberg, hergestellt und in der Biogasaufbereitungsanlage der SWH aufbereitet wird. Das Ergebnis: ein bis zu 30,0 % geringerer Ausstoß des klimaschädlichen CO₂. Zudem werden die lokal wirksamen Schadstoffemissionen wie z.B. Stickoxide über 80,0 % gesenkt. Damit unterstützt die eCG den aktuellen Trend, dem fossilen Kraftstoff Biosprit beizumischen und möchte diese positive Entwicklung auch weiter ausbauen.

Einführung eines Integrierten Managementsystems (IMS)

Im Jahr 2010 wurde bei der SWH das Integrierte Managementsystem (IMS) nach dreijähriger Projektzeit flächendeckend eingeführt. Damit werden alle verbindlichen Regelungen, Anweisungen und Vorgaben für den Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz und für die Organisationssicherheit (besonders auch das Technische Sicherheitsmanagement – TSM) im Unternehmen zentral in einer einheitlichen Systematik zur Verfügung gestellt.

Projekt ÖKOPROFIT (ÖKOlogisches PROjekt Für Integrierte Umwelt-Technik)

Die Maßnahmenprogramme der Fachbereiche zur Erreichung von Umweltzielen hat die SWH in den Rahmen des Projekts ÖKOPROFIT gestellt. Dort nimmt die SWH am „ÖKOPROFIT-Klub“ teil, einem Kreis von Unternehmen aus der Stadt und der Region Hannover, die den betrieblichen Umweltschutz verbessern wollen. Die Erfüllung einer umfangreichen Liste von Prüfkriterien zu allen Feldern des betrieblichen Umweltschutzes und insbesondere zu den Aspekten Rechts- und Organisationssicherheit ist Voraussetzung für die Erteilung der ÖKOPROFIT-Auszeichnung, die die SWH nach 2007 im Jahr 2010 erneut erhalten hat. Auch für das Jahr 2011 wird die Auszeichnung wieder angestrebt.

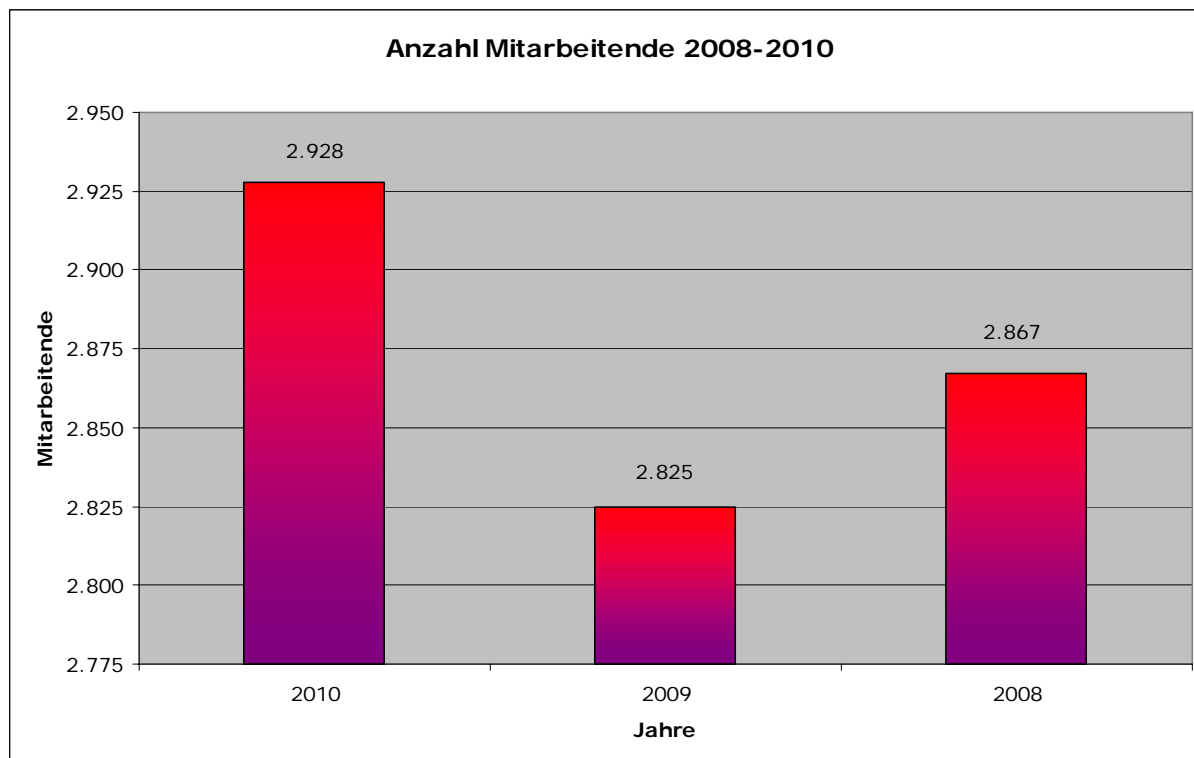
6 Mitarbeitende

Die Instrumente der Personalpolitik wurden kontinuierlich weiterentwickelt und neue Handlungsfelder, wie zum Beispiel die demografische Entwicklung, beschrieben. Diese gilt es nun näher zu analysieren und Empfehlungen zur strategischen und operativen Umsetzung zu erarbeiten.

Entwicklung Personalbestand

Zum Stichtag 31. Dezember 2010 betrug die Zahl der Mitarbeitenden im SWH-Konzern 2.928 (Vorjahr: 2.825). Die Zahl der Mitarbeitenden ist im Geschäftsjahr 2010 im Wesentlichen aufgrund der erstmaligen Einbeziehung der KWM (Anzahl Mitarbeitende zum Stichtag 31. Dezember 2010: 147) in den SWH-Konzern deutlich gestiegen. Dabei wurde

der Anstieg der Gesamtzahl der Mitarbeitenden im SWH-Konzern jedoch durch die konsequente Umsetzung des Projekts Triathlon begrenzt. Die in dem Projekt formulierten Ziele konnten im Geschäftsjahr erreicht werden. Die Umsetzung erfolgte durch ein unterstützendes Personalcontrolling, die angepassten Regelungen zur Neubesetzung von Stellen sowie die darauf abgestimmte Personalplanung mit den Fachbereichen.



Vertrag zur Zukunfts- und Beschäftigungssicherung II in Kraft getreten

Die SWH hat als einen wichtigen Baustein für die erfolgreiche Bewältigung der unternehmerischen Herausforderungen der Zukunft engagierte, qualifizierte und leistungsbereite Mitarbeitende identifiziert. In diesem Sinne wurde zwischen Betriebsrat und Vorstand im Dezember 2009 die Erneuerung des seit 1999 bestehenden Vertrags zur Zukunfts- und Beschäftigungssicherung II beschlossen, der unter anderem betriebsbedingte Kündigungen bis zum Jahr 2018 ausschließt. Der Vertrag zur Zukunfts- und Beschäftigungssicherung II ist zum 1. Januar 2010 in Kraft getreten.

Veränderte Mitarbeiterumfrage eröffnet neue Chancen

Die Abteilung Personalentwicklung der SWH arbeitet konsequent an dem nachhaltigen Ziel, die Schlüsselpositionen der Führungskräfte im Unternehmen zu stärken. In diesem Sinne erfolgte die Neukonzeption der Mitarbeiterzufriedenheitsabfrage. Oberstes Ziel dieses Vorhabens war es, Ergebnisse zu erzeugen, die den Führungskräften wichtige Hinweise zur Verbesserung ihrer Arbeit liefern können. Damit dies möglich wird, mussten die Fragen umfangreicher als bisher sein. Mit der Möglichkeit, Freitextfelder zu nutzen, wurde darüber hinaus einer höheren Individualität Rechnung getragen.

Entwickelt wurde der neue Fragebogen in einer Arbeitsgruppe, in der Mitarbeitende aus allen Unternehmensbereichen ihre Ideen einbringen konnten. Verantwortet wurde das Ergebnis vom Betriebsarzt und der Abteilung Personalentwicklung. Unter Beibehaltung des hohen Datenschutzniveaus der bisherigen Umfrage erfolgte die Durchführung im November 2010.

Der Rücklauf der Mitarbeiterbefragung in Höhe von rund 73 % war etwas niedriger als in den Vorjahren, dies dürfte aber auf den deutlichen Mehraufwand für die Teilnehmenden zurückzuführen sein. Für die Analyse der Ergebnisse und eventuell daraus zu ziehende Konsequenzen steht den Führungskräften die Abteilung Personalentwicklung mit ihrer Beratung und ihren professionellen Instrumenten zur Verfügung.

7 Bindung an Stadt und Region

Der SWH-Konzern ist insbesondere mit der Landeshauptstadt Hannover und ihren Bürgerinnen und Bürgern traditionell verbunden. Das Engagement erstreckt sich dabei nicht nur auf die Versorgungswirtschaft und damit einhergehende monetäre Aspekte, sondern auch auf einen aktiven Umweltschutz und ein soziales Engagement.

Wirtschaft

Aus dem Geschäftsjahr 2010 werden von der SWH an die VVG, deren Anteile von der Landeshauptstadt Hannover und der Region Hannover gehalten werden, Mio. EUR 88,5 (Vorjahr: Mio. EUR 89,7) zugeführt. Zusätzlich zahlt der SWH-Konzern eine Konzessionsabgabe von Mio. EUR 46,9 (Vorjahr: Mio. EUR 45,9) an die Stadt Hannover und die Umlandgemeinden. Zudem stellt der SWH-Konzern attraktive Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung. Durch die Vergabe von umfangreichen Aufträgen an die heimische Wirtschaft und heimische Handwerksbetriebe repräsentiert der SWH-Konzern zudem einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor in Stadt und Region.

Umwelt

Durch ihr Engagement im enercity-Fonds proKlima fördert insbesondere die SWH zusammen mit kommunalen Partnern den Klimaschutz in der Region und trägt damit zur Steigerung der Lebensqualität bei. Außerdem hat die SWH gemeinsam mit der Landeshauptstadt Hannover in der Klima-Allianz 2020 ein wegweisendes Klimaschutzaktionsprogramm entwickelt.

Kultur und Soziales

Neben dem wirtschaftlichen und ökologischen Engagement steht ein aktives Kultur- und Sozialsponsoring. So wurde unter anderem bereits vor zehn Jahren das enercity network mit dem Ziel gegründet, nachhaltig Jugendliche zu fördern und sie dabei zu unterstützen, ihre Talente und Fähigkeiten zu entdecken.

